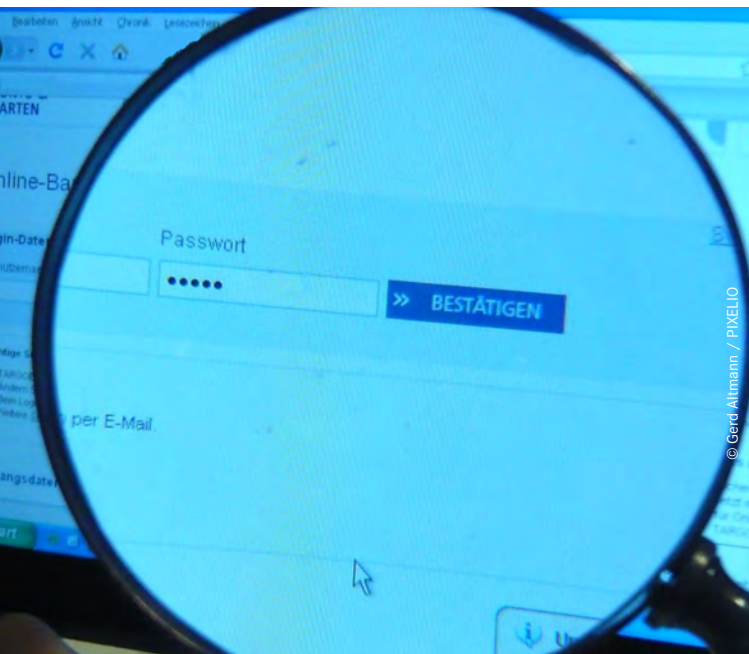


## Die Fakten:

- ◀ 50 Millionen Menschen in Deutschland bewegen sich regelmäßig im Netz
- ◀ Immer wieder versuchen konservative Politiker, Grundrechte im Internet einzuschränken
- ◀ Immer wieder werden persönliche Daten im Internet ohne Einverständnis der Betroffenen kommerziell verwertet

## DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag fordert deshalb:

- ◀ freie, unzensurierte Nutzung des Internets ohne Netzsperrern
- ◀ Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit im Internet
- ◀ Schutz des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung auch im Internet
- ◀ Förderung der Medienkompetenz
- ◀ Mehr Open Data, mehr Open Source



© Gerd Altmann / PIXELIO

## Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag  
Gestaltung: Markus Hintze  
V.i.S.d.P.: Ursula Weisser-Roelle  
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover  
Tel.: 0511 – 30 30 44 02  
Fax: 0511 – 30 30 48 80  
info@linksfraktion-niedersachsen.de  
www.linksfraktion-niedersachsen.de

Dieser Flyer darf nicht für Wahlkampfzwecke genutzt werden!

# Für ein demokratisches Internet ohne Zensur!

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag



© Marcel Duchamp\_Fountain\_at\_Tate\_Modern\_by\_David\_Shankbone / PIXELIO

## Das Internet als Chance für mehr Meinungsfreiheit und Demokratie

Das Internet bietet Möglichkeiten der Information, der Kommunikation und der Unterhaltung, die sich in dieser Form vor zwanzig Jahren noch kaum jemand vorstellen konnte. Während nur die wenigsten ihre Meinung über Presse, Radio und Fernsehen verbreiten können, haben im Internet hierzu grundsätzlich Alle die Möglichkeit. Diese Chance der gleichberechtigten Verbreitung von Information darf nicht gefährdet werden. Die jüngsten Widerstandsbewegungen gegen Unterdrückungsregimes in Nordafrika waren auch deshalb möglich, weil politische Positionen und Mobilisierungsaufrufe über das Internet verbreitet werden konnten. Die Chancen auf einfachere und niedrigschwellige Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungsprozessen wachsen durch die technischen Möglichkeiten des Internets. DIE LINKE sieht diese Fragen und Herausforderungen der Netzpolitik als wichtige politische Gestaltungsaufgabe.

### Grundrechte im Internet schützen

Wie andere Technologien birgt auch das Internet Risiken und Gefahren und kann für Verbrechen missbraucht werden. Die Po-



izei muss die Qualifikation und die personelle und technische Ausstattung haben, auch unter den Bedingungen neuer Technologien Verbrechen wirksam bekämpfen zu können. Aber statt sich darum zu kümmern, missbraucht der niedersächsische Innenminister und Sicherheitspopulist Uwe Schönemann (CDU) immer wieder kriminelle Taten im Netz als Argument, um mehr Kontrolle und Überwachung im Internet zu fordern. Damit stellt er ungefähr 50 Millionen Internetnutzerinnen und Internetnutzer in Deutschland unter Generalverdacht, für die das Internet ein selbstverständlicher Teil ihres Lebens ist.

Ob Onlinedurchsuchungen hinter dem Rücken der Betroffenen, leicht zu umgehende und damit unwirksame Netzsperrern, die das Risiko der Zensur unliebsamer Meinungen bergen, oder die Vorratsdatenspeicherung, die sich als wirkungslos bei der Verbrechensbekämpfung erwiesen hat: DIE LINKE lehnt all diese massiven und unverhältnismäßigen Eingriffe in die Grundrechte ab. Der Antrag der LINKEN „Zugangsfreiheit zum Internet sichern – Netzsperrern ausschließen“ fordert, den freien Zugang zum Internet als Menschenrecht zu verankern.

### Verbraucherschutz im Internet ausbauen

Soziale Netzwerke, Suchmaschinen, Online-Shops und andere Anbieter von Internet-Inhalten sammeln und verknüpfen persönliche Daten von Millionen Menschen, oft ohne deren Wissen und Einverständnis. Die so erstellten Datenprofile werden kommerziell verwertet. Das Recht auf freie Entfaltung, auf den Schutz persönlicher Daten und auf informationelle Selbstbestimmung muss also auch in der virtuellen Welt geschützt werden. DIE LINKE fordert wirksamen Verbraucherschutz auch im Internet durch die Stärkung von Auskunfts- und Widerspruchsrechten und Löschansprüchen.

### Netzneutralität sichern

Prinzipiell werden bisher – bis auf technisch begründete Ausnahmen – alle Daten unabhängig von Herkunft und Inhalt gleich

schnell durch das Netz geleitet. Diese sogenannte Netzneutralität bildet die Grundlage für Demokratie, Pluralismus und freie Meinungsbildung im Internet. Inzwischen gibt es das Interesse von Wirtschaftsunternehmen, deren Daten gegen entsprechendes Entgelt schneller durch das Netz zu leiten als andere. Dazu können Datenpakete technisch inzwischen bis auf Inhaltsebene analysiert werden (so genannte Deep Packet Inspection). DIE LINKE lehnt diese Diskriminierung von Daten nach Absender und Inhalt ab und fordert deshalb die rechtliche Absicherung der Netzneutralität.

### Open Data, Open Source

Viele Inhalte, die im Internet stehen oder stehen könnten, sind nicht urheberrechtlich schützenswert. Dazu gehören insbesondere öffentliche Daten wie Gesetzestexte, Verordnungen oder Geo- und Statistikdaten. DIE LINKE will, dass diese Daten als Open Data für alle im Internet zugänglich sind und nicht als Herrschaftswissen versteckt werden. Open-Source-Software ist eine echte und sichere Alternative zu den Produkten von Quasi-Monopolisten der IT-Branche. DIE LINKE fordert, gerade im öffentlichen Dienst mehr Open-Source-Produkte einzusetzen, statt weiterhin horrenden Lizenzgebühren an IT-Konzerne zu verschwenden.

### Zugang zum Internet und Medienkompetenz ausbauen

Für DIE LINKE steht fest, dass Alle ein Recht auf Zugang zu schnellem Internet haben sollten. Die Bereitstellung von Breitband-Internetanschlüssen – auch auf dem Land – ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Darum fordert DIE LINKE, dass schnelle Internetanbindungen, wie bisher bereits die Strom- und Wasseranbindung, in den Katalog der staatlich garantierten Grundversorgung aufgenommen werden. DIE LINKE traut den Menschen die Kompetenz zu, das Internet selbstverantwortlich und kritisch zu nutzen. Entsprechende Medienbildungsangebote, die diese Kompetenz stärken, müssen durch ein umfassendes Konzept allen Menschen, unabhängig von Alter, sozialer Lage und Wohnort, zur Verfügung stehen.